



Gruppo consiliare Ratsfraktion Verdi Grüne Vèrc Bz

Beschlussantrag Nr. 31/2025

Prämisse:

- Es wurde vorgeschlagen, in der Stadtgemeinde Bozen Formen von „Nachbarschaftskontrolle“ einzuführen. Damit sollen Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern eingerichtet werden, die die Aufgabe haben, zu beobachten und mutmaßlich verdächtiges Verhalten oder Vorkommnisse zu melden, die in den Stadtvierteln als ungewöhnlich einzustufen sind.
- Dieser Vorschlag wurde als Maßnahme für mehr Sicherheit im Stadtgebiet präsentiert, aber er wirft zahlreiche Bedenken und Kritik auf, was den sozialen Zusammenhalt, den Schutz der Rechte des/der Einzelnen, die korrekte Handhabung der öffentlichen Sicherheit und die Rolle der Behörden betrifft.

Es wird Folgendes festgestellt:

- Bei Nachbarschaftskontrollen besteht die Gefahr, dass das Misstrauen, die Verdächtigung und die Stigmatisierung unter der Bevölkerung gefördert werden, vor allem gegenüber Personen, die ausgegrenzt oder sozial benachteiligt sind, sodass ein repressiver Ansatz gefördert wird, anstatt ein inklusiver.
- Die informelle Überwachung durch Bürgerinnen und Bürger kann zu Missverständnissen, Fehlalarmen und Konflikten zwischen Anrainern führen, und auf diese Weise kann die Unsicherheit mehr werden, anstatt dass sie abnimmt.
- Mit dieser Maßnahme werden Bürgerinnen und Bürgern Aufgaben übertragen, die eigentlich Aufgabe der Behörden sind, insbesondere der Ordnungskräfte und der für die Sicherheit zuständigen Einrichtungen.

- Die Sicherheit im Stadtgebiet sollte mit anderen Maßnahmen, die weitaus effizienter sind, verstärkt werden, wie z.B. durch mehr öffentliche Dienste, eine größere Sensibilität für das soziale Unbehagen, die Förderung der Teilhabe, die Pflege der öffentlichen Flächen und die Stärkung der Nachbarschaft.

Es wird weiters festgestellt:

- Mit der sogenannten „Nachbarschaftskontrolle“ wird das soziale Zusammenleben auf Verteidigung und Ausgrenzung reduziert, und es werden die positiven Seiten des Zusammenlebens vernachlässigt, das gegenseitige Kennenlernen und die Zusammenarbeit, die positive Einflüsse auf den sozialen Zusammenhalt haben.
- Die passive Umsetzung von Projekten, die das Ziel haben, die Sicherheit im Stadtgebiet zu verbessern, wie z.B. die „Broken-Window-Theorie“, können einen gegenteiligen Effekt erzielen, wenn sie nicht von geeigneten Maßnahmen der öffentlichen Hand begleitet werden.

Dies alles vorausgeschickt,

**verpflichtet der Gemeinderat von Bozen
den Bürgermeister und den Stadtrat,**

1. sich dagegen auszusprechen, dass in der Stadtgemeinde Bozen formalisierte oder institutionalisierte Formen von „Nachbarschaftskontrolle“ eingeführt werden.
2. Als Alternative sollen Sicherheitsmaßnahmen im Stadtgebiet gefördert werden, die sich auf Folgendes stützen:
 - Ausbau der Sozial-, Kultur- und pädagogischen Dienste in den Stadtvierteln;
 - Aufwertung der aktiven und spontanen Teilnahme der Bevölkerung am Gemeinschaftsleben;
 - Eingriffe für die Aufwertung der Stadt, Belebung der Stadtviertel und Kontrolle der öffentlichen Flächen.
3. Es soll gewährleistet werden, dass die Sicherheit eine Aufgabe der öffentlichen Hand bleibt, die auf der Wahrung der Rechte, der Vorbeugung, der sozialen Gerechtigkeit und dem Aufbau von vertrauensvollen Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den Institutionen fußt.

Bozen,

Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte